



01.12.2023

Liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

am Montag habe ich im Rahmen der Betriebsrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion unsere Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung vorgestellt. Früher waren wir es in Deutschland gewohnt, dass die Dinge funktionieren: Dass man problemlos zum Arzt kommen kann, der Kinderarzt machte sogar noch Hausbesuche. Dass es sauber und ordentlich ist und dass nicht nur die



Menschen, sondern auch die Züge und Flüge pünktlich sind. Die Straßen waren gut und die Brücken haben gehalten. Wir haben es verpasst rechtzeitig in unser Land und seine Menschen zu investieren. Gleichzeitig fehlen jetzt an allen Ecken und Enden Fachkräfte, die die Modernisierung voranbringen können. Beides gehen wir nun an:

- Mit dem Deutschlandpakt schließen wir gemeinsam mit den Ländern und Kommunen einen Pakt für Investitionen in unsere Infrastruktur. Damit das schneller geht hat die **Ampel-Koalition seit Beginn der Regierung bereits 30 Gesetze verabschiedet** oder auf den Weg gebracht, damit Planungsprozesse und Bauvorhaben beschleunigt werden.
- Um den Mangel an Fachkräften wirksam zu bekämpfen wollen wir alle Potentiale aus dem In- und Ausland heben. Dabei setzen wir auf Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen zum Beispiel mit dem Bürgergeld und einer Verbesserung der Vereinbarung von Familie und Beruf, damit wir mehr inländische Fachkräfte gewinnen können. Gerade der letzte Punkt wird häufig unterschätzt. **Wenn es uns gelingt, das Arbeitszeitvolumen der Teilzeitbeschäftigten nur um zehn Prozent zu erhöhen, stünden dem Arbeitsmarkt 400.000 Fachkräfte mehr zur Verfügung.**

- Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz haben wir den Weg geebnet, dass die Zuwanderung von dringend notwendigen Fachkräften aus dem Ausland schneller und unbürokratischer ablaufen kann. Menschen, die aus dem Ausland kommen und bereits einen unterschriebenen Arbeitsvertrag haben, können jetzt deutlich schneller zu uns kommen.

Das alleine wird aber nicht ausreichen. **Wir brauchen eine echte Willkommenskultur**, für diejenigen, die zum Arbeiten nach Deutschland kommen möchten. Wir müssen ihnen eine Perspektive bieten, echter Teil unserer Gesellschaft werden zu können. Dafür haben wir in dieser Woche mit der Beratung über die Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts begonnen. Ihr gehört zu uns - Ihr seid Teil unserer Gesellschaft, mit allen Rechten und Pflichten! Dieses Signal senden wir an Millionen von Menschen, die hier leben und arbeiten, oft auch hier geboren sind, aber von politischer Mitbestimmung ausgeschlossen sind, weil sie keinen deutschen Pass besitzen. Künftig kann die deutsche Staatsbürgerschaft bereits nach 5 und nicht erst nach 8 Jahren beantragt werden, sofern man sich gut integriert hat, der Lebensunterhalt eigenständig gesichert werden kann, man sich zur freiheitlich-demokratischen-

Grundordnung bekennt und insbesondere nicht straffällig geworden ist. Auch die Mehrstaatlichkeit wird künftig generell ermöglicht, sodass sich Menschen nicht mehr einen Teil ihrer Identität aufgeben müssen, um die deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten - **mit allen Rechten und Pflichten**, die das mit sich bringt.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung Mitte November ein Grundsatzurteil über den Umgang mit Sondervermögen und Ausnahmen der Schuldenbremse gefällt. Damit hat das höchste Gericht in Deutschland Klarheit geschaffen, wie in Notlagen Entscheidungen über Ausnahmen der Schuldengrenze getroffen werden können. Das Gericht hat diese Ausnahmen nicht verboten, sondern festgelegt, dass solche Ausnahmen jedes Jahr vom Parlament neu beschlossen werden müssen.

Das Urteil hat weitreichende Auswirkungen auf die aktuellen Haushaltsberatungen für das Jahr 2024. Wir haben diese Haushaltsberatungen nun zurückgestellt und haben heute in erster Lesung den Nachtragshaushalt für das Jahr 2023 beraten. Dies ist notwendig und wichtig. Denn andererseits würden wir Gefahr laufen, dass bereits ausgezahlte Hilfen der Energiepreisbremsen möglicherweise zurückgefordert werden müssten. In den kommenden Wochen werden wir den Haushalt für das kommende Jahr beschließen, dessen Verhandlungen bereits weit fortgeschritten sind.

Mit der Begrenzung der Handlungsmöglichkeiten durch die Schuldenbremse auf der einen Seite und dem Dogma, die Steuern nicht zu erhöhen, auf der anderen Seite kann weder in die Zukunft unseres Landes noch in seine Menschen investiert werden. Union und AfD wollen die Krise nutzen, um den Sozialstaat und Arbeitnehmerrechte zu schleifen. Unsere Antwort heißt weiterhin, dass wir nicht die einen gegen die anderen ausspielen, sondern den Laden in schwierigen Zeiten zusammenhalten wollen. Wir wollen mit Zukunftsinvestitionen, wie andere Industrieländer auch, die Brücke in die neue Zeit bauen und unseren Staat

**WIR SCHAFFEN
ENDLICH EIN MODERNES
STAATSANGEHÖRIGKEITSRECHT!**

Im Klartext bedeutet das:

-  **Schnellere Einbürgerung nach fünf statt acht Jahren** - bei besonderer Integrationsleistung schon nach drei Jahren.
-  **Lebensleistung** der Gastarbeitergeneration und der "Vertragsarbeiter:innen" **anerkennen** und ihre Einbürgerung erleichtern.
-  Endlich **Mehrstaatigkeit ermöglichen** - damit Menschen nicht einen Teil ihrer Identität aufgeben müssen!

SPD Fraktion im Bundestag

modernisieren. Und es wird Zeit, dass diejenigen mit hohen und höchsten Einkommen, mit höchsten Vermögen und Unternehmen, die von der Krise besonders profitieren ihre Verantwortung für das Land übernehmen und ihren Beitrag leisten.

Wir haben ein klares Ziel: Alle Menschen sollen gut und sicher durch die schwierigen Zeiten kommen und brauchen dabei Sicherheit. Unser starker Sozialstaat hat vielen Menschen, vor allem während der Pandemie geholfen, gut und sicher durchzukommen. Deshalb brauchen wir jetzt eine gesamtgesellschaftliche Debatte darüber, wie wir es schaffen unsere Ziele zu erreichen und die Lasten gerecht zu verteilen. Vor dem Hintergrund der schwierigen Haushaltslage bei den kleinen Einkommen zu sparen, Lebensrisiken zu privatisieren und Lebensleistung wie bei der Rente in Frage zu stellen, treibt die Gesellschaft weiter auseinander. Vor allem diejenigen, die hart arbeiten und am Ende des Monats trotzdem jeden Euro umdrehen müssen, wollen wir entlasten. Auch in Zeiten der Krisenbewältigung wollen wir Sicherheit für alle Menschen geben. Unser Sozialstaatsversprechen gilt weiterhin: Niemand wird allein gelassen.

In dieser Woche hat mich wieder eine Gruppe aus dem Wahlkreis in Berlin besucht. Schön, dass Ihr da wart! Ich hoffe, dass der Besuch und die vielen spannenden Einblicke Spaß gemacht haben!

Mit solidarischen Grüßen
Dagmar Schmidt

